

**Abschlussklärung
der SPD-Fraktion
zum
Haushalt 2020**

Sonja Bongers MdL
Vorsitzende

Oberhausen, 18.11.2019

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

das ist heute das erste Mal, dass ich für die SPD-Fraktion die traditionelle Abschlusserklärung zur Verabschiedung des Haushalts der Stadt Oberhausen vortragen darf. Erlauben Sie mir deshalb zum Einstieg zwei kurze Vorbemerkungen:

Zuallererst ein Wort des Dankes an meinen Vorgänger Wolfgang Große Brömer. Lieber Wolfgang, fast 18 Jahre lang warst du als Vorsitzender der SPD-Fraktion unser bienenfleißiger kommunalpolitischer Vorarbeiter, unser verlässlicher Kapitän und Steuermann. Allein siebzehnmal hast du seit 2002 hier an diesem Pult gestanden, oft nach durchgeschriebener Nacht, um die jährliche Haushaltsrede zu halten. In unzähligen weiteren Stellungnahmen und Wortbeiträgen, im Rat und vielen anderen Gremien, hast du mit Leidenschaft und Herzblut für sozialdemokratische Positionen und Anliegen geworben, wo nötig auch mit harten Bandagen gekämpft, weil du immer der Überzeugung warst: Das ist der richtige, das ist der bessere Weg für Oberhausen und seine Menschen.

Zumindest eins darf ich hier sicher auch fraktions- und gruppenübergreifend feststellen: Laff oder lau, das war nie dein Ding. Und wenn es während einer turbulenten Debatte in dir hochkochte, konnte deine Erwidernung auch schon mal ziemlich scharf gewürzt sein. Obwohl du bis zum Ende der Wahlperiode noch eine ganze Reihe von städtischen Ämtern und Funktionen für unsere Fraktion wahrnimmst, rückt doch der Tag unvermeidlich näher, an dem du endgültig den aktiven kommunalpolitischen Ehrendienst quittieren und, zwar nicht aufs Altenteil, aber doch ins

Veteranenlager der Oberhausener Kommunalpolitik hinüberwechseln wirst.

Lieber Wolfgang, deine SPD-Fraktion bedankt sich für die fast zwei Jahrzehnte, die du an ihrer Spitze gestanden hast. Ich habe mir fest vorgenommen, an deinem Führungsstil festzuhalten: Kein Machtwort und kein Basta, sondern immer gute Argumente und unermüdliche Überzeugungsarbeit, nach innen wie nach außen. Auf den Punkt gebracht hat diesen Führungsstil mal vor Jahren ein ehemaliger Fraktionsreferent, als er dir das gelbe Schild auf die Arbeitsplatte stellte mit der Aufschrift: *„Wenn nichts mehr geht, probier's doch mal mit dem Vorschlag des Chefs.“* Und auch wenn du deinen Schreibtisch mittlerweile geräumt hast, lieber Wolfgang, dieses Schild bleibt stehen.

Zweite Vorbemerkung: Bei allem Streit in der Sache, liebe Kolleginnen und Kollegen, waren wir in diesem Rat doch über Parteigrenzen hinweg immer wieder Gesprächsfähig und Kompromissbereit. Wir haben nach intensiven Diskussionen nicht wenige Projekte gemeinsam auf den Weg gebracht und auch die eine oder andere wichtige Entscheidung im guten Einvernehmen getroffen. Auf kommunaler Ebene geht es nicht um Ideologie, reine Lehre und Recht behalten um jeden Preis, sondern um ganz praktische Problemlösungen im Interesse der Menschen vor Ort. Bei den Debatten in diesem Saal konnte es durchaus hitzig zugehen, aber es wurde nie gehetzt, von keiner Seite.

Ob das nach der Kommunalwahl im nächsten Jahr noch so ist, muss bezweifelt werden. Erstmals wird bei einer Kommunalwahl in Oberhausen eine offen rechtspopulistische Partei antreten, die sich angesichts der allgemeinpolitischen Stimmungslage in unserem Land leider nicht unbe-

rechtigte Hoffnungen machen kann, dem neugewählten Stadtrat anzugehören. Die jüngsten Wahlerfolge der selbsternannten Alternative im Osten Deutschlands sind höchst alarmierend. Rechnet man die Stimmen aus Sachsen, Brandenburg und Thüringen zusammen, ist die AfD hier bereits stärkste Partei. Nach den Erfahrungen, die wir in Oberhausen mit dem Wahlkampfstil dieser Truppe bei der jüngsten Landtags-, Bundestags- und Europawahl machen durften, erwartet uns im Kommunalwahlkampf eine politische Schlamm- und Schmutzkampagne, eine hochaggressive Materialschlacht, wie sie diese Stadt noch nicht erlebt hat. Da müssen alle demokratischen Parteien und Kräfte gegenhalten. Wir dürfen den Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen nicht verlieren. Denn diese Alternative ist in Wahrheit keine Alternative *für*, sondern eine Alternative *zu* Deutschland, dem freiesten und friedlichsten, dem demokratischsten und sozialsten Deutschland in unserer Geschichte. Tun wir also alles, was in unserer Macht steht, damit Hass und Hetze das Klima in unserer Stadt nicht vergiften.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum vierten Mal in Folge haben wir heute einen Haushalt ohne neue Schulden beschlossen. Nach 2016, 2017 und 2018 steht auch 2019 zum Schluss der Haushaltsberatungen unterm Strich die „schwarze Null“. Das ist ein großer Erfolg und wir gehen deshalb zuversichtlich von einer Genehmigung des Haushalts durch die Bezirksregierung aus. Das ist gut für unsere Stadt, die weiterhin dringend benötigte Fördermittel in beträchtlicher Höhe von Bund und Land abrufen kann. Außerdem sichern wir mit dieser vierten „schwarzen Null“ hintereinander unsere so mühsam zurückgewonnene kommunale Selbstverwaltung, zumindest auf dem Papier. In Tat und Wahrheit ist dieser Haushalt so messerscharf auf Kante

genäht, ist das finanzielle Korsett so straff geschnürt, dass große Sprünge und Extrawünsche auch beim besten politischen Willen nicht drin sind. Klar ist: Dieser Haushalt wird im nächsten Jahr ohne Stoßdämpfer über eine rasante finanzpolitischen Buckelpiste gefahren. Reserven sind kaum vorhanden. Wir haben als SPD-Fraktion deshalb bei der Formulierung unserer Haushaltsanträge, trotz des bevorstehenden Kommunalwahlkampfes, nicht unverantwortlich aus dem vermeintlich Vollen geschöpft und unbezahlbare Wahlgeschenke gefordert. Wir haben stattdessen strikte Ausgabenselbstdisziplin geübt, um die „schwarze Null“ und den Haushaltsausgleich nicht zu gefährden. Uns liegt auch sehr viel daran, dass das für 2020 geplante Rekordinvestitionsprogramm vollständig und Euro für Euro abgearbeitet werden kann. Das hat für uns oberste Priorität.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt erhebliche Risiken und Unsicherheiten im Haushalt, aber auch die mittelfristige Finanzplanung steht nicht auf Beton. So wissen wir nicht, wie sich Konjunktur und Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren entwickeln. Die deutsche Wirtschaft ist gerade erst haarscharf an der Rezession vorbeigeschrammt. Ob die Ansätze bei den Steuereinnahmen tatsächlich erreicht werden können und die Sozialausgaben nicht wieder völlig aus dem Plankorridor schießen, steht jedenfalls in den Sternen. Wer auf dieser mehr als wackligen Datenbasis heute bereits Steuersenkungen fürs Jahr 2022 in Aussicht stellt, wie Sie das getan haben, Herr Oberbürgermeister, agiert für meine Begriffe voreilig und überoptimistisch, um es vorweihnachtlich milde auszudrücken. Natürlich würden auch wir lieber heute als morgen die rote Laterne beim Hebesatz der Gewerbesteuer loswerden, weil das ein starkes Signal wäre und Wirtschaft bekanntlich

zu 50 Prozent aus Psychologie besteht. Aber solange wir nicht sicher wissen, ob die Finanzierungsspielräume dafür vorhanden sein werden, kann ich nur rufen: Vorsicht an der Bahnsteigkante, bis der Zug tatsächlich eingefahren ist.

Herr Oberbürgermeister,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

die mit Abstand größte Gefahr für die Oberhausener Stadtfinanzen bleibt die schwarz-gelbe Landesregierung in Düsseldorf. Die Laschet-Regierung betreibt seit ihrem Amtsantritt 2017 systematisch eine schamlose finanzielle Umverteilung in den ländlichen Raum. Man muss auch gönnen können und Neid macht hässlich, keine Frage. Aber die Zeche für das Landesprogramm „Mehr Speck für die Speckgürtel“ zahlen die strukturschwachen, mit hohen Sozialausgaben geschlagenen Städte des Ruhrgebiets und im Bergischen Land. Allein die erste Stufe der Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes hat Oberhausen knapp 17 Millionen Euro gekostet. Wäre die ursprünglich geplante zweite Stufe der GFG-Reform nicht fürs Erste ausgesetzt worden, hätten wir uns den Haushaltsausgleich gleich von der Backe putzen können. Der Kämmerer schätzt, dass das Land mit der GFG-Reform, dem Unterhaltsvorschussgesetz, der KiBiz-Reform und der völlig unzureichenden Flüchtlingsfinanzierung den städtischen Haushalt strukturell mit ca. 30 Millionen Euro belastet. Das ist eine Ansage.

Besonders dreist geht Düsseldorf bei der Finanzierung der Flüchtlinge vor, das Thema hat es letzte Woche Montag ja sogar auf die Titelseite der WAZ geschafft. Statt des vom offiziellen Regierungsgutachter ermittelten Mindestbedarfs in den Großstädten in Höhe von 13.500 Euro pro Flüchtling und Jahr zahlt die Landesregierung lediglich eine Pauschale

von 10.400 Euro. Das reicht hinten und vorne nicht. Und Nordrhein-Westfalen ist auch das einzige deutsche Flächenland, in dem die Landesregierung die Kosten für ausreisepflichtige, aber weiter geduldete Asylsuchende nur drei Monate finanziert. Danach müssen die Städte blechen. Der WAZ-Korrespondent Tobias Blasius, bisher wahrlich nicht durch Totalopposition gegen die amtierende Landesregierung aufgefallen, hat es letzten Montag in seinem Kommentar auf den Punkt gebracht, ich zitiere: „Es bleibt skandalös, dass finanzschwache Städte wie Essen für Tausende geduldete Asylbewerber jahrelang allein aufkommen müssen und für die übrigen mit einer Landespauschale abgespeist werden, die nicht annähernd auskömmlich ist. Angesichts der prallvollen Steuereinkassen in Düsseldorf eine beschämende Lastenteilung.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Wo Tobias Blasius recht hat, hat er recht.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir danken Apostolos Tsalastras und dem gesamten Team der Kämmerei für die geleistete Präzisionsarbeit. Der Kämmerer und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich jede einzelne Haushaltsposition, jede Kostenstelle noch einmal vorgeknöpft, um gegebenenfalls auch noch die letzten finanziellen Mikrofettpolster abzusaugen. Am Ende stand erneut eine Punktlandung. Das zu schaffen war angesichts der bereits erwähnten Haushaltsrisiken und des sich eintrübenden wirtschaftlichen Umfeldes sicher kein Betriebsausflug. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir über einen so engagierten, fachkundigen und weit über die Stadtgrenzen hinaus vernetzten obersten Kassenwart und ersten Beigeordneten in diesem Verwaltungsvorstand verfügen.

Sehr geehrte Frau Stehr,

liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion,

ich frage mich deshalb nach wie vor, warum Sie im Juli nicht bereit oder in der Lage waren, über ihren parteipolitischen Schatten zu springen und Apostolos Tsalastras auch mit ihren Stimmen wiederzuwählen. Stattdessen haben Sie sich lieber von Ihrem eigenen Oberbürgermeister beschämen und vorführen lassen. Der hat nämlich keine Sekunde gezögert, für die Wiederwahl zu stimmen, ganz im öffentlich dokumentierten Gegensatz zu Ihnen, weil er genau weiß, was wir in Oberhausen an diesem Kämmerer haben. Ihre Stimmbotschaft ist angekommen, Herr Oberbürgermeister, jedenfalls bei uns.

Wo wir gerade beim Verwaltungsvorstand sind. Auch 2019 ging das muntere politische Legendensterben weiter. Dieses Jahr erwischte es den Mythos vom „roten Filz“, der spätestens im Frühsommer endgültig zu Grabe getragen werden musste. Mit der wirklich sehr schweren, aber leider unumgänglichen Entscheidung, eine Beigeordnete der eigenen Partei abzuwählen, hat die SPD-Fraktion im Mai ein personalpolitisches Ausrufezeichen in XXL gesetzt. Der unumstößliche Grundsatz „erst die Stadt, dann die Partei“ ist für uns eben kein billiges Lippenbekenntnis, sondern knallharte Selbstverpflichtung. Mit allen Risiken und Nebenwirkungen. Dieser Grundsatz war, ist und bleibt die politische Hauptdirektive der Oberhausener SPD und ihrer Ratsfraktion, auch wenn es manchmal bitter weh tut und man sich aus parteipolitischer Sicht die Hände schmutzig macht.

Ein für allemal: Für unsere Personalpolitik ist nicht das Parteibuch ausschlaggebend. Entscheidend sind Kompetenz und Können, Engagement und Leidenschaft für unsere Stadt. Deshalb hatten wir auch kein Problem

damit, den Kollegen Michael Jehn, den die CDU vorgeschlagen hat, zum Beigeordneten zu wählen. So sieht er dann aus, der „rote Filz“ anno 2019, der „rote Filz“ für Farbenblinde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sowohl der Oberbürgermeister als auch der Kämmerer sind in ihren Einbringungsreden im September ausführlich auf die nun erstmals möglich erscheinende Lösung des kommunalen Altschuldenproblems eingegangen. Völlig zu Recht, denn diese überraschende und mehr als erfreuliche Entwicklung lässt sich in ihrer potenziellen Bedeutung für die Zukunft unserer Stadt gar nicht überschätzen. Seit der Bund seine grundsätzliche Bereitschaft angedeutet hat, die Hälfte der aufgelaufenen Kassenkredite in die Bundesschuld zu übernehmen, falls auch die betroffenen Länder ihren Beitrag leisten, besteht erstmals berechtigte Hoffnung, runter von den Schuldenbergen zu kommen. Das ist für Oberhausen und viele andere hochverschuldete Städte gerade hier in Nordrhein-Westfalen letztlich eine Frage des Überlebens, von Sein oder Nichtsein.

Denn die Kassenkredite sind eine finanzpolitische Zeitbombe. Die brummende Konjunktur und die tiefliegenden Zinsen haben das Ticken dieser Bombe in den letzten Jahren nur übertönt. Oberhausen sitzt auf Kassenkrediten in Höhe von knapp 1.600 Millionen Euro. Im Wald- und Wiesen-deutsch kann man sagen: Das städtische Girokonto ist um etwa zwei Jahresgehälter überzogen. Aufgrund der historisch beispiellosen Niedrigzinsphase zahlt der Kämmerer für diese kommunalen Überziehungskredite im Moment im Schnitt allerdings weniger als ein Prozent Zinsen.

Das wird nicht ewig so bleiben. Sobald die Zinsen wieder steigen, fliegt uns der ganze Haushalt mit einem Riesenknall um die Ohren. Ein zusätzlicher Prozentpunkt allein bei den Kassenkreditzinsen würde bereits ein Haushaltsloch von 16 Millionen Euro aufreißen. Das wäre aus Bordmitteln nicht mehr zu stopfen oder abzudichten, das haben die Haushaltsberatungen auch in diesem Jahr wieder deutlich gezeigt.

Der Bundesfinanzminister hat mit seiner überraschenden Initiative ein politisches Zeitfenster für die Lösung des Altschuldenproblems aufgestoßen. Allerdings ist das sehr wahrscheinlich nur ein sehr enges und begrenztes Zeitfenster. Alles hängt davon ab, dass die Beteiligten diese einmalige Chance jetzt auch entschlossen nutzen und so schnell wie möglich Nägel mit Köpfen machen. Denn diese Chance kommt nie wieder. Ich appelliere deshalb eindringlich an die Landesregierung und den Ministerpräsidenten, ihren finanziellen Beitrag zu leisten und den erforderlichen Eigenanteil für die Entschuldung der Städte zu stellen. Es wäre doch ein Treppwitz, wenn dieses Jahrhundertprojekt am Widerstand des Landkreistages NRW scheitern sollte.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

eines ihrer zentralen Wahlversprechen im Oberbürgermeisterwahlkampf 2015 war der beschleunigte Stellenabbau in der Stadtverwaltung. Keine Rede, kein Interview von Ihnen ohne den Hinweis auf die enormen Sparbeiträge, die durch konsequente Konsolidierung im Personalbereich zugunsten der Bürger erzielt werden könnten. Das war Ihr ungehobener Schatz im Galgenberg, die schlummernde Goldader, die Sie zur Finanzierung Ihrer sonstigen Wahlversprechen umgehend anzubohren versprochen. Bereits als CDU-Fraktionsvorsitzender hatten Sie sich keine Gelegenheit entgehen lassen, Ihrem Vorgänger Klaus Wehling und uns Sozis

mangelnden Sparwillen beim Rathauspersonal vorzuwerfen. Das lief über Jahre in akustischer Dauerschleife bis zur Ohrenfolter. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie erlauben sicher, dass wir knapp ein Jahr vor der Kommunalwahl den Realitäts-Check wagen und mal kurz nachschlagen, was aus Ihrem Wahlversprechen geworden ist.

Die Stellenpläne der letzten Amtsjahre von Oberbürgermeister Klaus Wehling weisen folgende Veränderungen aus:

2013:	- 2 Stellen
2014:	+ 3 Stellen
2015:	- 6,5 Stellen

Der 5-Jahres-Stellenplan des Verwaltungschefs Daniel Schranz sieht hingegen so aus:

2016:	+ 30,5 Stellen
2017:	+ 68,5 Stellen
2018:	+ 55,5 Stellen
2019:	+ 74 Stellen
2020:	+ 37,5 Stellen

Entgegen Ihren forschen Ankündigungen im Wahlkampf, haben Sie nicht nur kein Personal abgebaut. In jedem Jahr Ihrer Amtszeit sind im Schnitt 50 Stellen hinzugekommen. Für eine solch himmelschreiende Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit gab es in der ehemaligen DDR übrigens einen Fachausdruck: Nannte sich „sozialistische Planerfüllung“.

Herr Oberbürgermeister, damit wir uns nicht falsch verstehen. Es mag für jede einzelne dieser zusätzlichen Stellen gute Argumente, überzeugende Gründe und auch zwingende gesetzliche Anforderungen geben. Wir haben den Ausbau auch immer begrüßt und unterstützt. Doch das ist hier

gar nicht der springende Punkt. Die spannende Frage ist vielmehr: Wie würden Sie selber, Herr Schranz, diese vom aktuellen Oberhausener Verwaltungschef zu verantwortende Personalpolitik bewerten und kommentieren, wenn Sie heute noch Frontmann der CDU-Opposition wären?

Es würde einem rhetorischen Talent wie dem Ihren gewiss nicht die Sprache verschlagen. Im Gegenteil. Sie würden verbal aus allen Rohren und Kalibern feuern und einen solchen Oberbürgermeister mit beißender Kritik, mit Hohn und Spott unter politischen Dauerbeschuss nehmen. Und das nicht nur beim Personal. Sie würden aus Prinzip in jedem Projekt und bei jeder Maßnahme, die der Oberbürgermeister angeschoben und ergriffen hat, nicht nur ein Haar, sondern ganze Haarbüschel in der Suppe finden. Mit anderen Worten: Das Schlimmste, was Ihnen passieren könnte, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wäre ein Oppositionsführer, wie Sie mal einer waren.

Sie haben schon Glück mit uns: Die SPD-Fraktion in diesem Haus betreibt keine Fundamentalopposition. Wenn wir einem Ihrer Vorschläge mal nicht zustimmen können, wie jüngst zum Beispiel bei der Luise-Albertz-Halle, hat das Gründe, die in der Sache selbst liegen. Wir tun das nicht, weil es so schön wäre, Ihnen eine Abstimmungsniederlage zu bereiten. So sind wir nicht drauf. Wir wollen das Beste für unsere Stadt. Das allein ist maßgeblich für unsere Entscheidungen hier in diesem Rat. Wenn etwas gut für Oberhausen ist, Herr Oberbürgermeister, können Sie sich auf unsere Unterstützung verlassen, auch auf die Gefahr hin, dass Ihnen das politisch vielleicht mehr nützt als uns. Wir sind und bleiben überzeugte und engagierte Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, aber als Oberhausenerinnen und Oberhausener sind wir zuallererst leidenschaftliche Angehörige der Oberhausen-Partei.

Wir mögen diese Stadt und ihre Menschen.

Wir stimmen dem Haushalt zu.

Glückauf Oberhausen!

Rede
der Vorsitzenden der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Oberhausen
Stadtverordnete Simone-Tatjana Stehr
zum Haushalt 2020
Ratssitzung 18. November 2019

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste!

Lassen Sie mich mit der Tür ins Haus fallen, die Redezeit ist begrenzt:

Heute ist der Tag, an dem wir das vierte Mal in Folge einen **ausgeglichenen Haushalt** verabschieden können; nach einem Vierteljahrhundert zuvor, in dem Jahr für Jahr ein gigantischer Schuldenberg aufgeschichtet wurde.

Heute ist der Tag, an dem wir gewöhnlich das Jahr **bilanzieren**.

Und ich nehme vorweg, was Ihnen allen hier im Saal und den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt bekannt ist: **Die Bilanz ist positiv.**

Ich darf hinzufügen: Es ist vielleicht sogar die beste, die ich in meiner Zeit als Vorsitzende der Oberhausener CDU-Fraktion ziehen durfte.

Und dennoch beginne ich mit dem, was wir als CDU-Fraktion für überflüssig, ja sogar für kontraproduktiv gehalten haben.

Liebe Grüne, ihr wolltet für Oberhausen den **Klimanotstand** ausrufen.

Was sollte das?

Ich habe noch immer nicht verstanden, worum es euch wirklich ging?

Ging es darum, Panik zu schüren?

Oder ging es ganz einfach darum, die anderen Fraktionen und Gruppen hier in diesem Rat als sogenannte Leugner des Klimawandels zu diffamieren?

Am Ende ging es vielleicht darum, Wählern zu gefallen?

Wir haben den Notstand nicht ausgerufen.

Was wir aber getan haben, und zwar bereits lange vor dieser Resolution: Wir haben als CDU-Fraktion viele ganz konkrete Anträge gestellt, die, anders als ein Lippenbekenntnis zur Beruhigung des eigenen Gewissens, tatsächlich dem Klimaschutz dienlich sind...

Ich erinnere daran, dass wir die Suche nach „1000 Baumstandorten“ für Oberhausen angeregt haben.

Ein Schritt für das Klima.

Wir haben die Installation von sogenannten „Lebenswelten“ angeregt. Große Pflanzbeete mit selten gewordenen Pflanzen, vor allem da, wo sich Kinder aufhalten.

Die Flächen sollen einen Lebensraum bieten, Insekten anziehen, und idealerweise auch einen pädagogischen Zweck erfüllen,

indem die Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen die Gestaltung bestimmt.

Ein Schritt für das Klima.

Wir wollen Grün auf allen Oberhausener Dächern, die dafür geeignet sind.

Das bedeutet: Wärmedämmung, Hitzeschutz, Energieeinsparung, Verbesserung des Umgebungsklimas und Feinstaubreduzierung.

Ein Schritt für das Klima.

Wir haben

- Baumscheibenpatenschaften,
- die Intensivbegrünung vor Lärmschutzwänden,
- eine Entsiegelungsoffensive und
- spezifische Qualifizierungsmaßnahmen für städtische Mitarbeiter in Grün-Berufen angeregt.

Mehr als ein Schritt für das Klima.

Wir haben konkrete und umsetzbare Vorschläge gemacht.

Die damalige Koalition aus SPD, Grünen und FDP konzentrierte sich drauf, „die Zähne zu fletschen“, wie die WAZ seinerzeit berichtete, und lehnte die Vorschläge zunächst ab. Die Kollegen der SPD bemängelten die Anzahl unserer Anträge (neun): „Viel zu viele, um sich damit ernsthaft auseinanderzusetzen“ zitierte die WAZ die SPD (WAZ, 08.09.2019)

Ich habe, liebe Ratmitglieder, liebe Verwaltung, keinen Schimmer, was eine solche Belastungsgrenze nun für eine Sitzung wie die heutige bedeutet, in der mehr als dreimal so viele Anträge vorliegen.

„Und wo bleibt das Positive“, Frau Stehr?

Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Ratsmitglieder:

Seit es diese Ampelkoalition und den damit verbundenen Koalitionszwang nicht mehr gibt, hat sich das Klima in unseren Ausschüssen und in diesem Rat verbessert.

Ideen und Anträge für unsere Stadt werden genauer angeschaut und immer häufiger wird auf der **Sachebene** beurteilt.

Das ist aus unserer Sicht das einzige, was zählt: Eine kritische Analyse auf der grundsätzlichen Basis von Offenheit gegenüber der Sache.

Dafür, dass wir diese Offenheit bei allen notwendigen Auseinandersetzungen und Debatten nun viel häufiger feststellen dürfen, bedanke ich mich bei Ihnen, verehrte Ratskolleginnen und -kollegen.

Manches macht uns allerdings noch immer **fassungslos**. So verfolgen wir beispielsweise seit 2016 unsere Idee eines Radschnellweges für Oberhausen.

Er soll das Umsteigen aufs Rad attraktiv machen und den Pendlern eine gute und gesunde Alternative bieten.

Folglich: **Ein Schritt für das Klima.**

Vor genau einem Jahren haben wir dann hier im Rat beschlossen, dass es eine **Machbarkeitsstudie** zu diesem Radschnellweg geben soll.

Wir haben nachgefragt...

Die Machbarkeitsstudie wurde bis heute noch nicht vergeben.

Ein Vertreter des ADFC formulierte in unserem Arbeitskreis Rad verwundert: „Ich dachte, für die Vergabe einer Machbarkeitsstudie benötige man drei Tage.“

Nicht drei Tage.

360 Tage.

Ein Jahr ist vergangen ... geschehen, meine Damen und Herren, geschehen ist nichts!

Für die konkrete Erstellung dieser noch nicht in Auftrag gegebenen Studie - es sei denn Frau Lauxen, die zuständige Dezernentin von den Grünen, verkündet uns gleich etwas anderes - setzt das Umweltdezernat einen Zeitrahmen von etwa 18 Monaten an.

Es sieht so aus, als müssten wir fröhlich sein, wenn nach insgesamt zweieinhalbjähriger Wartezeit - und wir beschäftigen uns seit 2016 mit dem Radschnellweg - eine Studie vorliegt, die uns über die Machbarkeit informiert, die dann ihrerseits umgesetzt werden müsste.

Klimanotstand, liebe Grüne?

Lassen Sie mich mit Greta Thunbergs Halbsatz des Jahres antworten:

„How dare you“? „Wie könnt ihr es wagen“?

Wissen und passiv bleiben, das ist Verantwortungslosigkeit im höchsten Maße.

„Nur grün blinken“, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, „reicht (in der Tat) nicht“. (WAZ, 09.03.2018)

Es geht nicht um Panikmache, sondern um wichtige Entscheidungen, die auf Folgegenerationen wirken. Es geht um das Verändern von Lebensweisen zur Erhaltung von Leben.

Und es muss irgendwie in Vergessenheit geraten sein, dass es auch bei der **Parkraumbewirtschaftung** darum geht. Es geht darum, die Wohn- und die Lebensqualität in unseren Innenstädten zu steigern.

Es geht ganz konkret darum, Umweltbelastungen potenziell zu reduzieren.

Ich sage sehr offen und ehrlich, dass wir uns als CDU-Fraktion äußerst schwer damit getan haben, dem Konzept zuzustimmen.

Nicht einmal, weil die Parkgebühren erhöht wurden. Seit Einführung der Parkgebühren, 1987, gab es keine Erhöhung - in 32 Jahren keine Erhöhung.

Wir sehen die Erleichterungen für die Anwohnerinnen und Anwohner und den positiven Effekt für die Umwelt.

Wir sehen natürlich auch, dass Pendlerinnen und Pendler, die aufgrund ihres beruflichen Einsatzes mit dem Auto nach Oberhausen fahren, Probleme mit dieser Parkraumbewirtschaftung haben.

Deshalb haben wir 2017 - mit Beginn der Debatten überlegt: Was kann man tun, um attraktive Alternativen zu bieten und auch Pendlerinnen und Pendlern ein gutes Angebot zu machen?

Unsere Überlegung:

Angemessen bepreister Parkraum in Parkhäusern, deren Dächer - nebenbei bemerkt - begrünt sein sollen, kann den Parkraumsuchverkehr deutlich reduzieren. Damit würde der von Blechlawinen befreite öffentliche Raum Platz für genau die Lebensqualität bieten, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ihnen allen im Alltag wichtig ist: begrünte Aufenthaltsflächen, Treffpunkte, Fahrrad- und Spazierwege usw.

Unser erster Antrag hierzu wurde Ende 2017, in der Zeit der Großen Koalition, krachend abgelehnt. Vielleicht war es ja tatsächlich so, wie wir es seinerzeit erklärt bekamen, dass wir unsere Ziele nicht in ausreichender Weise kommuniziert hatten, dass wir uns missverständlich geäußert hatten.

Das überarbeitete Konzept der Stadtverwaltung zur Parkraumbewirtschaftung enthält im Ansatz unsere Parkhausidee. Und wir weisen darauf hin, dass wir unseren Antrag, den Weg hin zu modernen Quartiersparkhäusern mit Gründächern, E-Auto- und E-Bike-Ladestationen und vielem mehr zu ebnen, für einen sinnvollen und sehr wichtigen Antrag halten, da er zum Wohle unserer Stadt ist.

Bezogen auf die damalige Abstimmung zum Parkraumbewirtschaftungskonzept sei angemerkt, dass der Rat der Stadt mit großer Mehrheit inkl. der Stimmen der SPD den Beschluss und dessen Umsetzung gefasst hat.

Das umfassende Klimaschutzpaket auf Bundesebene ging der Bundes-SPD nicht weit genug. Es sei „politisch mutlos“ (*DIE ZEIT*, 20.09.2019) ... ich bin gespannt, wie mutig und ehrlich im Sinne des Klimaschutzes die SPD auf kommunaler Ebene ist.

Erlauben sie mir noch eine Anmerkung, auf die ich bei der Bilanzierung des Jahres nicht verzichten möchte, weil es etwas ist, was uns als CDU-Fraktion bewegt und getroffen hat.

Wir kennen uns hier im Rat untereinander, teilweise schon über Jahre. Ich nehme in Anspruch, dass wir als CDU-Fraktion nicht durch einen Mangel an Wertschätzung gegenüber jedem einzelnen hier auffällig geworden sind.

Deshalb frage ich mich, ob es notwendig war, im Rat die Seenotbrücken-Resolution aufzurufen? Warum wurde eine Situation hergestellt, an deren Ende wir auf der Website der Seenotbrücke zu lesen bekamen:

„Wir danken den Fraktionen von SPD-Oberhausen und CDU-Oberhausen für ihren eindrucksvollen Einsatz für ein Absaufen im Mittelmeer“?

Mit dem Blick auf das kommende **Wahljahr**:

Wir alle wissen, dass - so, wie es bei Wahlen ist - der eine mehr, der andere weniger zu feiern haben wird. Vor allem wissen wir aber doch bei der anstehenden Wahl: Jede Feier, die kleinere wie die größere, wird von einem Schleier überzogen sein, den wir nicht werden rauswaschen können, mit dem wir hier im Rat werden umgehen müssen.

Allein deshalb müssten wir meiner Ansicht nach grundsätzlich so respektvoll miteinander umgehen, dass wir vermeiden, moralische Daumenschrauben anzulegen.

Ich fühlte mich als Politikerin und als Mensch betroffen und verletzt.

Für uns, für mich, ist die Sachebene die Ebene auf der politischer Diskurs stattfinden muss. Panik ist immer ein schlechter Ratgeber, ein noch schlechterer ist Hysterie.

Und sie ist perfide, wenn sie von „Taktiktüftlern“ im kleinen Politlabor künstlich erzeugt wird - was ich manchmal leider nicht für ausgeschlossen halte.

„Und wo bleibt das Positive“, Frau Stehr?

Hier ist es wieder: Wir werden im Jahr 2020 in unsere Stadt 110 Millionen Euro investieren können, nach 82,5 Millionen Euro in diesem Jahr. Das ist gut, das ist, wie Oberbürgermeister Daniel Schranz festgestellt hat, ein **Langzeitrekord**.

So investieren wir beispielsweise in Kindergärten, Schulen, Straßen und modernste Kommunikationstechnik. Wir sind in der Lage dazu, durch Investitionen das Leben in unserer Stadt weiter zu verbessern.

Wir sehen zum Beispiel neben den Segro-Ansiedlungen mit großer Freude, dass der Grundstein für das Edeka-Warenzentrallager gelegt ist. Wir dürfen dort mehr als 1 000 Arbeitsplätze erwarten. Arbeitsplätze die unserer Stadt gut tun, deren Arbeitslosenzahl zwar stark gesunken ist, in der wir aber dennoch weiterhin jede Anstrengung unternehmen müssen, Arbeit zu schaffen.

In der Innenstadt können die **Fortschritte** beim Umbau der alten Problemimmobilie Kaufhof in ein Hotel beobachtet werden. Dass die Marktstraße, diese Straße, über die der Zustand unserer Stadt nicht nur von Auswärtigen, sondern auch von den Oberhausenern häufig definiert wird, das erste Mal grundgereinigt wurde: Das trägt zur Aufenthaltsqualität, das trägt zur Imageverbesserung bei.

Dass die von uns geforderte gemeinsame **Anlaufstelle** von Kommunalem Ordnungsdienst und der Polizei bald kommen wird, stärkt das Sicherheitsgefühl in der Innenstadt. Das wir uns als CDU-Fraktion Anlaufstellen dieser Art auch für Sterkrade und Osterfeld wünschen, haben wir in einem Antrag dokumentiert.

Sicherheit und **Sauberkeit**, das sind, das hat auch die Bürgerbefragung 2018 wieder ergeben, Grundbedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger.

Und, ich darf das hier ein wenig stolz unterstreichen: Oberhausen ist seit dem Amtsantritt von Daniel Schranz sauberer und sicherer geworden. Ich weiß, es wird auch weiterhin viel geklagt. Aber wenn die Marktstraße nun mittlerweile zwölfmal in der Woche gereinigt wird, dann ist sie eben sauberer als früher. Das ist vor allen Dingen erst einmal Fakt.

Für uns gehört zum Aspekt **Sicherheit** auch ganz entschieden die Sicherheit auf den Straßen.

Wir sind der Ansicht, dass diejenigen, die meinen, sich zum Beispiel vor einer Kindertagesstätte nicht an die Tempo-30-Regel halten zu müssen, sondern mit 50 oder gar 60 Stundenkilometern vorbeibrettern, entsprechend spürbar sanktioniert werden müssen.

Dass es Menschen gibt, die in irgendwelchen „sozialen“ Medien auch noch darüber klagen, dass ihre Raserei geahndet wird, dem stehe ich wirklich mit Unverständnis gegenüber.

Was ich auch nicht verstanden habe:

Dass der Betreibervertrag für die Luise-Albertz-Halle mit 27 zu 27 Stimmen abgelehnt wurde. Da wird nach zahlreichen Verhandlungen der gesamte Rat im Rahmen einer Sondersitzung erneut zusammengeholt und dann heißt es: „Die Konditionen sind stark nachgebessert worden, aber das reicht uns am Ende doch nicht“.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, Sie hatten von Anfang an nicht die Absicht, einem Vertrag mit SMG zuzustimmen.

Die Chance, die **Luise-Albertz-Halle** wirklich als „Gute Stube“ zu behandeln und sie an Profis zu geben, die international in der Event-Szene vernetzt sind, haben Sie nicht ergreifen wollen und daher verhindert.

Wessen Haltung sich an dieser Stelle auch immer durchgesetzt hat: Das war ein Rückfall in alte Zeiten: Warum Erste Liga spielen, wenn man auch Zweite Liga haben kann...

Zurück zum Positiven.

Die Stadt mit Daniel Schranz an der Spitze ist entschlossen, die **Gewerbesteuer** und die **Grundsteuer** spätestens 2022 zu senken, positive Signale also auszusenden an die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger.

Das, meine Damen und Herren, liebe Gäste, ist keineswegs selbstverständlich.

Unsere Nachbarstadt Mülheim zum Beispiel hat aktuell eine Erhöhung der Gewerbesteuer beschlossen.

Insofern ist die Botschaft, sowohl die Grund- als auch die Gewerbesteuer absehbar zu senken, eine wertvolle Nachricht für Oberhausen. Entschlossen dazu waren wir als CDU schon immer.

Wir haben nur in den Jahren vor Daniel Schranz nie Spielräume gesehen, unsere Entschlossenheit in Taten münden zu lassen.

Die Bundesregierung hat zudem signalisiert, die Hälfte der Kassenkredite unserer Stadt zu übernehmen. Kassenkredite, das sind 1,5 Milliarden Euro von den insgesamt 1,9 Milliarden Euro Schulden. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, Armin Laschet, kündigte in diesem Zusammenhang am 23.09.2019 in der WAZ an: „Sobald wir konkret wissen, wie sich der Bund bei den kommunalen **Altschulden** finanziell einbringt, werden wir als Land ebenfalls mit einem Eigenanteil helfen“.

Sie, Herr Tsalastras, haben erklärt, dass Sie sich Sorgen machten: Was passiert nach dem Auslaufen des Stärkungspaktes?

Aus unserer Sicht sind die positiven Signale von größerer Strahlkraft als in den vergangenen Jahrzehnten. Notfalls aber werden wir weiter um gerechte Lösungen kämpfen.

Denn Ihr Ziel als Kämmerer und unser gemeinsames Ziel als gewählte Vertreterinnen und Vertreter muss es doch sein, für unsere Stadt die gleichen Lebensverhältnisse und Entwicklungsmöglichkeiten zu realisieren, wie in anderen, besser betuchten Städten.

Wir ringen und streiten miteinander. Das gehört dazu, wenn man Politik macht. Es gehört dazu, wenn man sich dafür einsetzt, Lebensqualität zu sichern und idealerweise zu steigern. Lassen Sie uns die gegenseitige **Wertschätzung**, die daraus erwächst, im kommenden Jahr, im **Wahljahr**, bitte nicht vergessen.

Sehr geehrter Herr Tsalastras:

Ich danke Ihnen und dem gesamten Team, das hinter den Kullissen gute Arbeit leistet. Es gibt zwar bekanntlich den Gewöhnungseffekt, aber ich versichere: Wir werden das Besondere immer als das Besondere würdigen.

Dem Oberbürgermeister gilt unser Dank, weil er Oberhausen lebt - sieben Tage die Woche in jeder einzelnen Sekunde.

Wir wissen, dass das nicht selbstverständlich ist.

Ich habe in meiner Rede mehrfach ein Zitat bemüht, das ich in Anlehnung an Erich Kästners 1930 erschienenem Gedicht: „Und wo bleibt das Positive, Herr Kästner?“ frei verändert habe.

In den ersten drei Versen des Gedichtes heißt es:

„Und immer wieder schickt ihr mir Briefe, in denen ihr, dick unterstrichen, schreibt: [...], wo bleibt das Positive?“

Kommunalpolitikerinnen und -politiker kennen diese Frage nur zu gut.

Und da ich nunmehr - wie gerade dokumentiert - seit 15 Jahren dem Rat der Stadt Oberhausen angehöre, kann ich feststellen, dass ich über viele Jahre hinweg das Gedicht einfach hätte weiter zitieren können:

„Ja, weiß der Teufel, wo das bleibt.“

Heute bin ich dankbar und froh, dass ich die Verse nicht aufgreifen muss, in denen es weiter heißt: „[...] die Zeit ist schwarz, ich mach euch nichts weis“, sondern dass ich hier mit Ihnen behutsam behaupten darf, unsere Mühen lohnen sich, und bei allem, was noch zu tun ist und immer zu tun sein wird: Wir sind auf einem guten Weg.

Glück auf!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Simone-Tatjana Stehr
Oberhausen, 18. November 2019

Es gilt das gesprochene Wort.



Bündnis Oberhausener Bürger
im Rat der Stadt Oberhausen

Rede zum

zum Haushalt 2020

Ratssitzung am 18. November 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst vielen Dank an den Kämmerer und sein Team für die
Aufstellung und Einbringung des Haushalts 2020.

Zum vierten Mal in Folge legt der Kämmerer - auch dank der
Finanzmittel aus dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ - einen
ausgeglichenen Haushalt vor.

Der Rat will mit dem Haushalt 2020 die Weichen stellen und das
Leben in unserer Stadt für das nächste Jahr gestalten.

In Wirklichkeit haben wir aber zwischen den Sparschwängen, die
uns durch Ratsbeschlüsse der letzten Jahre entstanden sind und
den weiter zunehmenden Aufgaben, die uns Bund und Land
aufbürden, kaum noch finanziellen Handlungsspielraum.

Das Haushaltsjahr 2020 wird kein einfaches. Schon kleine
Verschlechterungen der Erträge oder Erhöhungen der
Aufwendungen bringen das ganze Kartenhaus zum Einsturz.

Verminderungen der Gewerbesteuerereinnahmen oder soziale
Mehrbelastungen auf denen die Stadt sitzen bleibt, machen den
Haushaltsausgleich unmöglich.

Mit dem Haushalt 2020 endet der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ und es fließen aus diesem Topf keine Mittel mehr nach Oberhausen.

Es ist völlig offen, ob und wie aus eigener Kraft der Haushalt ab 2021 mit einem zweistelligen Millionenbetrag kompensiert werden kann. Bund und Land lassen die Kommunen in NRW bezüglich einer Nachfolgeregelung für den Stärkungspakt und in der Frage einer Altschuldenregelung völlig in der Luft hängen.

Belegt wird dieses Dilemma durch den heutigen WAZ Artikel "NRW zögert beim Altschulden-Programm".

Ein nun schon über Jahre andauernder Eiertanz, der für die Politik und die gesamte Stadtgesellschaft eine enorme Belastung darstellt.

BOB im Rat appelliert daher dringend an alle Mitglieder der im Land und Bund vertretenen Parteien die Frage auskömmlicher Kommunalfinanzen nicht im politischen Gerangel der ideologischen Befindlichkeiten zu vergessen.

Oberhausen braucht eine Finanzausstattung, die uns in die Lage versetzt, den kommunalen Aufgaben nachkommen zu können.

Wir brauchen ein Gemeindefinanzierungsgesetz, das die Bedürfnisse der Ruhrgebietskommunen berücksichtigt, eine Zinsabsicherung von kommunalen Krediten und dringend einen Altschulden-Fonds, der Oberhausen von den Lasten des

Strukturwandels der Vergangenheit entlastet, liebe Kolleginnen und Kollegen!

2020 ist auch Wahljahr. Offensichtlich hat für einige Parteien der Wahlkampf schon jetzt begonnen:

Die Chance, die Luise-Albertz-Halle auf eine solide wirtschaftliche und professionelle Basis durch die Pachtvertragsvergabe an SMG zu stellen, ist durch das Verhalten der SPD in der Sondersitzung des Rates am 09. Oktober 2019 leider vertan worden.

Ab dem 01. Januar 2020 muss nun wieder improvisiert werden. Die Stadthalle steht erneut vor einer ungewissen Zukunft.

In der Öffentlichkeit muss sich der Rat dieser Stadt der Lächerlichkeit preisgeben, weil nach jahrelangem Hin und Her die wirtschaftlich beste Lösung ausgeschlagen wurde.

Auch die Posse um das Moratorium zur Ausweitung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes kann nur wahltaktischen Überlegungen entsprungen sein.

Die WAZ- titelte am 23. September 2019 „Oberhausener Rat knickt vor Parkgebühren-Protest vorerst ein.“ Dabei knickte ausschließlich die SPD-Fraktion ein - alle anderen Ratsmitglieder blieben bei ihrem bisherigen Votum.

Wir sind gespannt, wie sich die SPD-Fraktion bei der heutigen Abstimmung verhalten wird.

Wir müssen die beschränkten Finanzmittel, die wir zur Verfügung haben, auf die Projekte fokussieren, die wirklich wichtig sind für die Menschen in unserer Stadt und nicht für Prestigeprojekte verschwenden.

Im Sozialbereich macht uns immer noch die Flüchtlingskrise und die Zuwanderung von Menschen zu schaffen, die die Stadt unterbringen muss. Das bedeutet für die Stadt nicht nur organisatorische, sondern auch finanzielle Herausforderungen.

Ob mit den knappen Kassen die selbstgesteckten Ziele des „Sozialen Arbeitsmarktes“ erreicht werden können, ist äußerst fraglich.

Wir müssen den Ausbau von Kita-Plätzen forcieren und die Betreuung der Kindergartenkinder generell kostenfrei gestalten.

Vor dem Hintergrund der heute und zukünftig erforderlichen Sparmaßnahmen müssen wir prüfen, ob wir die Finanzierung bzw. Subventionierung des Stadttheaters noch weiter in diesem Umfang betreiben können.

Vielleicht sollten Steuergelder eher für wirklich notwendige Dinge, wie z.B. soziale Aufgaben oder dringend erforderliche Infrastrukturmaßnahmen aufgewendet werden.

Das Bemühen um Sicherheit und Sauberkeit zeigt erste Erfolge. Die Bürger wollen mit ihren Sicherheitsbedenken ernst genommen werden, so dass wir daran weiterarbeiten müssen.

Eine Verkehrswende können wir nur erreichen, wenn der ÖPNV massiv ausgebaut und verbessert wird. Die Taktung muss verbessert und lange Wartezeiten auf Anschlüsse vermieden werden.

Das Engagement für den Ausbau des Radverkehrs muss deutlich verstärkt und der Bau von sicheren, stressfreien Radwegen verbessert werden.

Insgesamt gesehen, ist Oberhausen allerdings auf dem richtigen Weg, deshalb werden wir dem Haushalt 2020 auch zustimmen.

Doch gibt es noch viel zu tun und deshalb abschließend die drei wichtigsten Aufgaben für 2020 in Oberhausen:

- Die Sicherheit und Sauberkeit muss deutlich und nachhaltig verbessert werden.
- Die Kindergartenbetreuung muss ausgebaut und für alle Kinder kostenfrei werden.
- Sparen heißt nicht Steuern und Abgaben erhöhen. Das ist mit uns nicht zu machen!

Die Ausgaben der Stadt müssen auf die für die Bürgerinnen und Bürger wirklich wichtigen Dinge konzentriert werden.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!
Glück auf!

Stadt Oberhausen	18.11.2019 15:00 Uhr	Rat der Stadt
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
41. Sitzung des Rates der Stadt Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

- 26.2. **Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Erstellung eines ortsspezifischen Bußgeldkatalogs**
Vorlage: A/16/5067-01

Korrektur der Niederschrift über die Ratssitzung vom 18.11.2019

Am 12.08.2020 wurde festgestellt, dass in der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 18.11.2019, welche der Oberbürgermeister und die Schriftführerin am 09.01.2020 unterzeichnet haben, im Beschluss über TOP 26.2 im öffentlichen Teil mit der Aussage, dass es eine „geänderte“ Beschlussfassung gegeben habe, ein redaktioneller Fehler enthalten ist. Tatsächlich gab es keinen Änderungsvorschlag. Die Einleitungsformel zu dem Beschluss über TOP 26.2 wird daher wie folgt korrigiert:

Der Rat der Stadt - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt Oberhausen beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage des Bußgeldkatalogs für den Bereich Abfall in Nordrhein-Westfalen für die Stadt Oberhausen einen ortsspezifischen Bußgeldkatalog zu verfassen. Hierbei sollen die anzusetzenden Bußgelder in Ihrer Höhe so gewählt werden, dass diese vor Ordnungswidrigkeiten wirksamer abschrecken und angemessen sind."



Oberbürgermeister
Daniel Schranz



Schriftführerin
Jutta Bach